

Pfister, Gerhard

Article — Digitized Version

Über Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung zur nachhaltigen Entwicklung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pfister, Gerhard (1998) : Über Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung zur nachhaltigen Entwicklung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 4, pp. 218-223

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40091>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gerhard Pfister*

Über Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung zur nachhaltigen Entwicklung?

In der Umweltpolitik wird von einigen Gruppen die Forderung erhoben, eine ressourcenschonende nachhaltige Entwicklung über eine stärkere Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung der Volkswirtschaft zu erreichen. Was ist von diesem Ansatz zu halten?

Zu den wunderbaren Gaben der Menschheit gehört die Fähigkeit, gut gemeinte Ratschläge zu überleben. Gut gemeint sind die Maßnahmen einer Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft, weil sie zur Nachhaltigkeit beitragen sollen. In der Realität kann das eigentlich bezweckte Ziel der Nachhaltigkeit dadurch geradezu verhindert werden: Gut gemeint muß nicht unbedingt gut sein.

Die Forderung nach einer Regionalisierung

Die Forderung¹ nach einer Regionalisierung der Wirtschaft geht von dem Glauben aus, daß Produkte aus der Region „nachhaltiger“ konsumiert oder produziert werden können als andere Produkte. Dieser Glaube wird wie folgt begründet: Wenn sich Wirtschaftseinheiten verstärkt Gütern und Produktionsfaktoren zuwenden, die am Standort dieser Wirtschaftseinheiten produziert wurden, dann können Distributionsketten verkürzt und damit Transporte vermieden werden. Weniger Verkehr, weniger aufwendige Verpackungen, weniger Konservierungsmaßnahmen führen zu einem Rückgang von Materialströmen und verhindern räumliche Konzentrationen von Schadstoffen. Dies bedeutet eine Schonung natürlicher Ressourcen. Als selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß das aus dem Güterkonsum resultierende Niveau an Bedürfnisbefriedigungen aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus wird sogar

behauptet, daß durch eine Regionalisierung der Wirtschaft die regionale Wirtschaftskraft gestärkt wird.

Der Glauben an die Nachhaltigkeit einer regional orientierten Wirtschaft schlägt sich beispielsweise in einem Indikator nieder, der den Selbstversorgungsgrad eines Wirtschaftsraumes widerspiegelt. Nach diesem Indikator wird um so „nachhaltiger gewirtschaftet“ je geringer der Exportanteil der heimischen Wirtschaft oder je geringer der Importanteil des regionalen Warenangebots ist². Wenn es um Maßnahmen einer Nachhaltigkeitspolitik geht, dann fordern einige Vertreter des Nachhaltigkeitspostulates beispielsweise, daß der Staat bei öffentlichen Ausschreibungen regionale Anbieter bevorzugen oder die Vermarktung regional hergestellter Produkte fördern soll. Der zu beobachtende Trend einer Globalisierung der Wirtschaft wird umgekehrt deshalb auch mehr als Bedrohung denn als Chance für eine nachhaltige Entwicklung wahrgenommen.

* Für wertvolle Anregungen und Diskussionen danke ich Herrn Dr. Jürgen Hampel, Frau Dipl.-Volkswirt Anja Knaus, Herrn Dr. Heinz-Ulrich Nennen und Herrn Prof. Dr. Ortwin Renn (alle Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart) sowie den Teilnehmern des Symposiums „Zukunftsfähigkeit durch Wettbewerb – gesellschaftlicher Wandel, Politik und Umweltschutz“ vom 1. bis 3. Oktober 1997 in Buchenbach bei Freiburg. Verbleibende Unklarheiten gehen selbstverständlich zu Lasten des Autors.

¹ Vgl. BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, o. O. 1996 (Kurzfassung), S. 24.

² Vgl. zum Beispiel H. Diefenbacher, H. Karcher, C. Stahmer, V. Teichert: Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich – Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, Heidelberg 1997, S. 86 – 87.

Dr. Gerhard Pfister, 37, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Warum Dienstleistungsorientierung?

In dieselbe Richtung zielt die Forderung nach einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft: Die Unternehmen sollen anstelle von materialintensiven Produkten zunehmend arbeitsintensive Dienstleistungen verkaufen.

Bei dieser Forderung wird davon ausgegangen, daß die Bedürfnisse der Menschen in erster Linie nicht durch die reine Eigentumsübertragung von Gütern befriedigt werden. Die Bedürfnisse werden vielmehr aus dem Gebrauch oder Verbrauch von Gütern befriedigt. Aber die Nutzung von Gütern ist oftmals nur in Verbindung mit Dienstleistungen möglich. Vertreter einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft fordern daher, diese gemischte Konsumstruktur zugunsten der arbeitsintensiven Dienstleistungen auszuweiten.

Bisher war in der Güterproduktion ein Trend zu einer immer größeren Kapitalintensität beobachtbar. Zur Erstellung einer Einheit Wirtschaftsleistung wurde im Zeitablauf relativ mehr vom Produktionsfaktor Kapital als vom Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt. Eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft soll diesen Trend umkehren; der Produktionsfaktor Kapital soll durch den Produktionsfaktor Arbeit ersetzt werden. Da mit der Herstellung des Produktionsfaktors Kapital ein Verbrauch von natürlichen Ressourcen verbunden ist, soll sich daraus ebenfalls eine Verringerung von Materialströmen ergeben. Trotz der vermuteten Einsparung von natürlichen Ressourcen erhoffen sich die Befürworter einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft auch hier eine zumindest gleichbleibende Wirtschaftsleistung. Als positiver Nebeneffekt erwarten sie des weiteren eine steigende Arbeitsnachfrage³.

Mit einer Dienstleistungsorientierung ebenso wie mit einer Regionalisierung der Wirtschaft soll erreicht werden, daß pro erbrachter Wirtschaftsleistung weniger natürliche Ressourcen eingesetzt werden. Eine Steigerung der Ressourcenproduktivität wird in der Nachhaltigkeitsdiskussion als Effizienzstrategie bezeichnet. Diese Strategie stellt vor allem auf den intergenerationellen Aspekt des Nachhaltigkeitspostulates ab. Im Gegensatz zum intragenerationellen Aspekt, der eine gerechte Verteilung von Ressourcen innerhalb einer Generation fordert, wird dabei die gerechte Verteilung von natürlichen Ressourcen zwischen den Generationen betont. Ob eine Regionalisierung oder eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft

tatsächlich den zu erwartenden Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten können, ist jedoch von den Voraussetzungen einer konkreten Umsetzung der entsprechenden Forderungen abhängig.

Ausgangspunkte einer Umsetzung

Zwei Ausgangspunkte einer Umsetzung lassen sich unterscheiden. Ein erster Ausgangspunkt besteht darin, Menschen über die Voraussetzungen und Möglichkeiten für ihr Wohlbefinden zu informieren. Es geht also um die Bewußtmachung von Präferenzen. Des weiteren können Strukturen geschaffen werden, damit diese Präferenzen besser durchgesetzt werden können. Dieser Ausgangspunkt setzt also am Prozeß der Entscheidungsfindung und -durchsetzung an. Die Maßnahmen einer Nachhaltigkeitspolitik sind folglich vollkommen unabhängig davon, was das Ergebnis aus einer besseren Entscheidungsfindung und -durchsetzung ist.

Zu diesen Maßnahmen einer Nachhaltigkeitspolitik gehören Beratung, Aufklärung und Information. Verbraucherberatung und Produkttests können das Bewußtsein für die Konsequenzen der Entscheidungen schärfen, eine Zertifizierung von Unternehmen oder Produktkennzeichnungen können die Konsequenzen der Entscheidungen transparent werden lassen und damit zur Durchsetzung von Präferenzen beitragen. Sollten diese Maßnahmen zur Folge haben, daß die individuellen Akteure die Vorschläge einer Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung selbst initiieren und in die Tat umsetzen, dann entspricht dies ihren unbeeinflussten Bedürfnissen. Dies mag beispielsweise dann der Fall sein, wenn die Konsumenten aus der Vielfalt der Kaufoptionen regional und dienstleistungsorientiert erstellte Produkte bevorzugen. Sie drücken durch ein solches Kaufverhalten in der Tat ihre Präferenzen für bestimmte Herstellungs- und Vertriebsbedingungen von Produkten aus.

Durch eine bessere Entscheidungsfindung und -durchsetzung der individuellen Akteure allein kann Nachhaltigkeit nicht erreicht werden. Diese Vorstellung geht an den wirklichen Ursachen für Nicht-Nachhaltigkeit vorbei. Zwischen den Anreizen für das individuelle Verhalten und einem Ergebnis, das dem gesellschaftlich postulierten Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen würde, besteht vielmehr eine Lücke. Diese Lücke wird umwelt- und ressourcenökonomisch zum einen damit erklärt, daß die interpersonellen Konsequenzen des Umweltverbrauchs nicht in die Preise für Marktgüter eingehen. Zum anderen werden dafür individuelle Zeitpräferenzraten (d.h. das Ausmaß, in dem gegenwärtiger Konsum gegenüber zukünftigem Konsum bevorzugt wird), die

³ Vgl. zum Beispiel BUND/Misereor, a.a.O., S. 22.

über den Zuwachsraten von erneuerbaren Ressourcen liegen⁴, verantwortlich gemacht⁵. Damit werden die intertemporalen Konsequenzen des Umweltverbrauchs nur unvollständig berücksichtigt. Diese Anreizlücke erfordert zur Umsetzung des Nachhaltigkeitspostulates deshalb staatliches Handeln: Die Politik soll die individuellen Entscheidungskalküle, wie natürliche Ressourcen verwendet werden, beeinflussen (z.B. durch den Einsatz nichttarifärer Handelshemmnisse). Dies ist der zweite Ausgangspunkt nachhaltigkeitpolitischer Maßnahmen.

Ansatzpunkte für staatliches Handeln

Staatliches Handeln kann dabei an den drei Bestimmungsgründen für individuelle Entscheidungen ansetzen: Preise, Mengen und individuelle Präferenzen. Im Gegensatz zu den oben erläuterten Maßnahmen des ersten Ausgangspunktes, die lediglich eine Verbesserung des Entscheidungsprozesses und der Entscheidungsdurchsetzung zum Ziel haben, ohne selbst das Resultat dieses Prozesses beeinflussen zu wollen, orientieren sich diese Maßnahmen am Ergebnis des Prozesses. Die Folge: die unbeeinflussten individuell gewünschten Ergebnisse können von den beeinflussten tatsächlichen Ergebnissen abweichen.

Aufgabe von wirtschaftlichen Koordinationsmechanismen ist es nun, das Spannungsfeld zwischen den gewünschten und den tatsächlichen Ergebnissen aufzulösen oder zumindest zu mildern. Bei der Anwendung dieser Maßnahmen muß deshalb gefragt werden, wie sie sich auf die weiteren Entscheidungen der Menschen auswirken und ob durch die Folgewirkungen dieser weiteren Entscheidungen überhaupt noch das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung erreicht werden kann. In den folgenden Abschnitten wird es also darum gehen, inwieweit eine staatlich initiierte Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft dazu führt, daß das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung durch die individuellen Akteure noch mitgetragen oder sogar verhindert wird.

Argumente gegen eine Regionalisierung

Als erstes Argument gegen eine Regionalisierung der Wirtschaft fällt Ökonomen das Neo-Faktorproportionentheorem ein. Nach diesem Theorem ist ein interregionaler Handel dann vorteilhaft, wenn das Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren zur Erstellung eines Gutes von Region zu Region unterschiedlich ist. Diese Unterschiedlichkeit scheint eher die Regel als die Ausnahme zu sein, bedenkt man die möglichen Ursachen eines von Region zu Region abweichenden Faktoreinsatzverhältnisses: unterschied-

liche naturräumliche Ausstattung, divergierendes technologisches Wissen, verschiedene institutionelle Rahmenbedingungen usw. Diese Vielfältigkeit von Regionen kann für alle Regionen zu ihrem Vorteil genutzt werden, indem sich jede Region entsprechend ihrer relativen Begünstigung spezialisiert. Die Regionen konzentrieren sich dann auf die Produktion des Gutes, bei dessen Produktion der relativ reichlich vorhandene Produktionsfaktor relativ intensiv eingesetzt wird.

Neben anderen Bestimmungsgründen des Handels bestätigen empirische Untersuchungen dieses Theorem und damit den Vorteil der räumlichen Arbeitsteilung. Grundsätzlich gilt dieser Vorteil auch für eine effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen⁶. In der Ausnutzung der räumlichen Arbeitsteilung liegt folglich ein wesentliches Potential für eine Steigerung der Ressourcenproduktivität. Eine staatlich betriebene Regionalisierung der Wirtschaft würde auf eine Ausnutzung der räumlichen Arbeitsteilung verzichten und damit dieses Potential zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zerstören.

Horizontale Konzentration

Dies ist jedoch nicht der einzige Grund, warum eine Regionalisierung der Wirtschaft die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung eher behindert. Eine Regionalisierung der Wirtschaft bedeutet auch, daß die Anbieter nach ihren Produktionsstandorten diskriminiert werden. Dadurch wird der Konkurrenzdruck für regional ansässige Anbieter verringert. Auf den ersten Blick mögen sich daraus die Argumente nähren, die eine Regionalisierung der Wirtschaft mit einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft verbinden. Doch die dahinter liegenden Zusammenhänge führen zu einem gegenteiligen Ergebnis. Und zwar nicht nur im Hinblick auf die regionale Wirtschaftskraft, sondern gerade auch im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung: Mit der Bevorzugung regional ansässiger Anbieter steigt deren Marktanteil in der Region. Dies kann als Indiz für eine horizontale Konzentration gewertet werden. Was sind die Folgewirkungen einer derart veränderten Wirtschaftsstruktur?

⁴ Unter Vernachlässigung von Fang- und Erntekosten.

⁵ Vgl. F. Söllner: Die Ökologische Ökonomie – ein neuer Ansatz zur Lösung der Umweltproblematik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 7, S. 423 - 427.

⁶ Voraussetzung hierfür ist, wie bei allen effizienten Nutzungen, daß sich der Wirtschaftsprozess an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert. Im Fall von Umwelt-Dumping ist diese Orientierung nicht gegeben.

Drei Auswirkungen

Mit einer horizontalen Konzentration wird die Wettbewerbsintensität zwischen den Anbietern verringert. Dies hat drei Auswirkungen. Erstens wird dadurch ganz direkt der ökonomische Anreiz vermindert, sparsam mit kostenverursachenden natürlichen Ressourcen umzugehen. Die Protektion der regional ansässigen Anbieter pflanzt sich folglich in der Verschwendung von natürlichen Ressourcen fort. Zweitens führt auf dem Gütermarkt eine verringerte Wettbewerbsintensität zu höheren Preisen. Das kann gerade bei Produkten, die von den Nachfragern als wichtig erachtet werden, zur Folge haben, daß ein vergrößerter Anteil des Ausgabenvolumens für den Kauf dieser Güter in Anspruch genommen wird. Für andere Ausgaben wie für Maßnahmen einer Nachhaltigkeitspolitik bleibt nur noch ein kleinerer Teil des Ausgabenvolumens übrig. Drittens kann es auf dem regional orientierten Markt für Produktionsfaktoren ebenfalls zu Ausbeutungstendenzen einer monopolisierten Wirtschaft kommen mit dem Ergebnis, daß nur noch eine geringere Entlohnung durchzusetzen sein wird. Dadurch geht das Einkommen und damit das mögliche absolute Ausgabenvolumen der Haushalte zurück. Eine horizontale Konzentration der Wirtschaft kann also insgesamt nicht nur das relative, sondern auch das absolute Ausgabenvolumen verringern. Damit wird in zweifacher Weise das für nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehende Budget kleiner.

Unternehmen in der Region werden eine verringerte Wettbewerbsintensität in ihrer Region vielleicht noch begrüßen; schließlich wird dadurch ihr Konkurrenzdruck vermindert. Die Unternehmen in der Region werden aber sicher etwas dagegen einwenden, wenn durch eine Regionalisierung der Wirtschaft der Absatzkreis für ihre Produkte enger gezogen wird. Für Unternehmen sind nur betriebswirtschaftliche

Gründe ausschlaggebend, in welcher Region sie ihre Produkte anbieten. Sollten sie jedoch vom Staat dazu gezwungen oder angeleitet werden, unabhängig von diesen betriebswirtschaftlichen Überlegungen ihre Produkte bevorzugt in der Standortregion zu vermarkten, dann müssen sie Umsatz- und Gewinneinbußen hinnehmen. Als Folgewirkungen davon werden Anreize für Investitionen wie für Innovationen in der Region vermindert. Dies bedeutet, daß die regional ansässigen Unternehmen weder über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen noch genügend Anreize vorfinden, Technologien einzuführen, die zur Steigerung der Ressourcenproduktivität beitragen können.

Nicht nur der intergenerationelle (Gerechtigkeit zwischen den Generationen), sondern auch der intragenerationelle Aspekt der Nachhaltigkeit (Gerechtigkeit innerhalb von Generationen) wird durch eine Regionalisierung der Wirtschaft verletzt. Die sich entwickelnden Länder des Südens setzen ihre Hoffnungen darauf, am Marktgeschehen in den wohlhabenden Ländern des Nordens teilnehmen zu können. Diese Hoffnung auf eine wirtschaftliche Entwicklung wird zunichte gemacht, wenn die wesentlichen Absatzmärkte für ihre Produkte in den Ländern des Nordens abgeschottet werden. Eine Regionalisierung der Wirtschaft führt folglich aus vielen Gründen genau zum Gegenteil von dem, was eigentlich bezweckt worden war: Nachhaltigkeit wird verhindert!

Gegen eine Dienstleistungsorientierung

Die Überlegungen zur Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft scheinen auf den ersten Blick plausibel, weil sie unmittelbar an den Bedürfnissen der Konsumenten ansetzen. Aus dem volkswirtschaftlichen Blickwinkel ist ein an den Bedürfnissen der Konsumenten orientiertes Wirtschaftssystem grundsätzlich allen anderen allokativen Mechanismen über-

Gunnar Folke Schuppert

Zutrittsrechte zu Telearbeitsplätzen

Ein Beitrag zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Telearbeit

1997, 58 S., Rückendrahtheftung, 24,- DM, 175,- öS, 22,- sFr, ISBN 3-7890-4931-X
(Schriften der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 30)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

legen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist eine Bedürfnisorientierung Ausgangspunkt aller Überlegungen für eine unternehmerische Steuerung. Aus ökologischer Sicht führt eine arbeitsintensivere Produktion zu geringeren Materialströmen. Wo liegen dann – angesichts der Übereinstimmung von grundlegenden ökonomischen wie ökologischen Gesichtspunkten – die Probleme einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft?

Zur Beantwortung dieser Frage kann man von einem viel gerühmten Beispiel für eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft ausgehen. Dieses Beispiel stammt aus dem Energiebereich. Die Bedürfnisse der Energieverbraucher sind beispielsweise angenehm beheizte und gut beleuchtete Räume, gekühlte Lebensmittel und arbeitende Geräte. Eine arbeitsintensivere Befriedigung dieser Bedürfnisse findet dann statt, wenn Energie durch Arbeit ersetzt wird. Die bereitgestellte Energie kann tatsächlich aber nur in Verbindung mit energieverbrauchenden Gütern wie Häuser, Kühlschränken, Glühbirnen zur Bedürfnisbefriedigung genutzt werden, und in diesen ergänzenden Gütern ist mehr oder weniger Arbeit enthalten: Beratungsdienstleistungen von Architekten, Handwerksdienstleistungen von Anlagenbauern, Innovationsleistungen von Glühbirnenherstellern und Finanzierungsdienstleistungen von Banken. Die Bedürfnisse der Energieverbraucher können – so die Argumentation – mit einem geringeren Einsatz von Primärenergie befriedigt werden, wenn die Energieversorger in ihren Überlegungen den Verkauf dieser mit dem Energieverbrauch zusammenhängenden Dienstleistungen miteinschließen. Folglich soll das Angebot der Energieversorger über den Absatz von Energie hinaus auch die Planung, Finanzierung, Realisierung und Wartung von Gebäuden, Anlagen und Geräten umfassen.

Weitere Beispiele für eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft sind Chemieunternehmen, die neben Pflanzenschutz- und Düngemitteln landwirtschaftliche Beratung anbieten; Pharmaunternehmen, die neben der Herstellung von Medikamenten ärztliche Praxen und Kliniken betreiben; Einzelhandelsketten, die neben dem Handel auch die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse kontrollieren. Mit einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft werden folglich die wirtschaftlichen Aktivitäten vieler Unternehmen, die durch aufeinanderfolgende Marktstufen miteinander vernetzt sind, auf Unternehmen konzentriert, die ehemals lediglich auf einer Marktstufe tätig waren. Die wirtschaftlichen Entscheidungen über Vor-, Zwischen- und Endprodukte werden also nicht mehr von jeweils autonomen Akteuren an verschiede-

nen Stellen des Wertschöpfungsprozesses getroffen, sondern von den Akteuren an einer Stelle der Wertschöpfungskette. Dies ist eine vertikale Konzentration des Wertschöpfungsprozesses.

Keineswegs führt eine Zusammenführung vieler wirtschaftlicher Entscheidungsebenen auf eine zentrale Akteursebene nun zwangsläufig dazu, daß sich eine arbeitsintensivere Befriedigung der Konsumentenbedürfnisse durchsetzt und damit einerseits der Materialstrom reduziert und andererseits die Arbeitsnachfrage angehoben werden kann. Von Energieversorgungsunternehmen, die gleichzeitig Häuser planen und energieverbrauchende Industrieanlagen finanzieren, kann ebensowenig wie von Pharmaunternehmen, die ihre Produkte nicht mehr an selbständige Ärzte, Apotheker und Kliniken verkaufen müssen, sondern über unternehmenseigene medizinische Dienstleister absetzen, ernstlich erwartet werden, daß sie zugunsten des Faktors Arbeit den Verbrauch an natürlichen Ressourcen einschränken. Die ökonomischen Kalküle für den Einsatz der Produktionsfaktoren bleiben hingegen auch bei einer vertikalen Konzentration der Wertschöpfungsprozesse grundsätzlich unverändert: Entscheidend dafür, wieviel von den beiden Einsatzfaktoren jeweils verwendet wird, sind die relativen Preise für Arbeit und Kapital bzw. die relativen Preise für Arbeit und natürliche Ressourcen. Ist der Produktionsfaktor Arbeit gegenüber den Preisen für natürliche Ressourcen relativ teuer, dann werden mehr natürliche Ressourcen eingesetzt als Arbeit und umgekehrt.

Verminderte Wettbewerbsintensität

Bleibt eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft dann folgenlos? Nicht unbedingt. Auf ideal strukturierten Märkten für Konsumgüter und Produktionsfaktoren passen sich die Unternehmen an die jeweils herrschenden Preise an. Sie haben keine Möglichkeit, selbst auf die Preise einzuwirken. Ein vertikal integriertes Unternehmen kann tendenziell jedoch auf die Preise auf den Güter- und Faktormärkten Einfluß nehmen. Dies hängt davon ab, ob die vertikale Integration auf der Angebots- und Nachfrageseite eine entsprechend große Mengenreaktion im Verhältnis zu den gesamten Handelsmengen auf diesen Märkten zuläßt. Eine räumliche Verengung der Marktbeziehungen durch eine Regionalisierung der Wirtschaft würde diesen Umstand begünstigen, da ein Ausweichen auf andere Märkte weniger möglich wäre. Zudem besteht für vertikal integrierte Unternehmen gegenüber nicht-integrierten Unternehmen die Möglichkeit zu Mischkalkulationen zwischen den einzelnen Marktstufen. Dies hat für integrierte Unternehmen den

Vorteil, auf einzelnen Marktstufen nicht grenzkosten-deckende Preise finanzieren zu können und damit nicht-integrierte Anbieter aus dem Markt zu verdrängen.

Eine vertikale Konzentration oder eine vertikale Integration kann deshalb wie eine horizontale Konzentration zu einer verminderten Wettbewerbsintensität zwischen den Unternehmen führen. Die Folgen sind bekannt: Der ökonomische Anreiz, sparsam mit kostenverursachenden natürlichen Ressourcen umzugehen, wird vermindert; durch höhere Preise auf dem Gütermarkt und geringere Faktor-entlohnung sinkt sowohl das absolute als auch das relative Budget für nachhaltigkeitspolitisch motivierte Maßnahmen. Im besten Fall wird eine verstärkte Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft deshalb neutral auf die Ziele der Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sein. Im anderen Fall wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was mit diesem Vorschlag eigentlich bezweckt war: die Chancen auf Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit werden vermindert.

Schlußfolgerungen

Die in den vorherigen Abschnitten geführte Diskussion bestreitet nicht die Argumente, die für eine Regionalisierung und für eine Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft angeführt werden. Unbestreitbar ist, daß eine Substitution von natürlichen Ressourcen durch Arbeit Materialströme vermindert. Es wird auch nicht bezweifelt, daß interregionaler Handel umweltschädigende Effekte hervorrufen kann. Ob die intendierten Wirkungen einer Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft jedoch tatsächlich eintreten, hängt davon ab, unter welchen Bedingungen sie sich vollziehen. Eine kurze Skizzierung dieser Bedingungen zeigt jedoch schon, daß zur konkreten Umsetzung dieser Vorschläge Wettbewerbsgesichtspunkte berücksichtigt werden sollten. Andernfalls könnten sich die Wirkungen dieser Maßnahmen im Hinblick auf ihre beabsichtigten Ziele umkehren.

Bei näherer Betrachtung des Vorschlags einer staatlich initiierten Regionalisierung kommt man deshalb zum Schluß, daß es nicht sinnvoll ist, den Handel zwischen den Regionen, an sich begrenzen zu wollen. Eine Regionalorientierung der Wirtschaft bedeutet auch nicht, daß diese Wirtschaft eher den Kriterien der Nachhaltigkeit genügt als eine Wirtschaft, die nicht auf die Standortregion ausgerichtet ist. Wenn kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Regionalorientierung und Nachhaltigkeit abgeleitet werden kann, dann hat dies auch Auswirkungen auf die For-

schungsfragestellungen zur Nachhaltigkeit: Eine Arbeit, in der beispielsweise die zurückgelegten Wegstrecken von Joghurt-Zutaten untersucht werden, mag deshalb für Aussagen zu logistischen Fragestellungen zwar geeignet sein, für Aussagen zur Beurteilung einer nachhaltigen Wirtschaft ist sie untauglich.

Mit einer Regionalorientierung der Wirtschaft werden lediglich die nachhaltigkeitsfördernden Kräfte des Handels behindert und die nachhaltigkeitsbehindernden Kräfte gefördert. Es erscheint daher vordringlich, an den umweltschädigenden Aktivitäten des Handels selbst anzusetzen: Das Problem ist nicht der Transport eines Gutes von Region A nach Region B, sondern die Umstände, mit denen dieser Transport verbunden ist. Erst wenn man sich auf die umweltschädigenden Begleiterscheinungen des Transports selbst konzentriert und Maßnahmen zu deren Einschränkung ergreift, kann die Politik zielführend zur Nachhaltigkeit sein. Daß sich dabei der Transport als solches verringert, ist lediglich ein indirektes Resultat dieser Bemühungen. Je mehr allerdings der Umweltverbrauch vom Transportvolumen entkoppelt werden kann, desto schwächer wird dieses indirekte Resultat dann eintreten, deutet dies doch eine Steigerung der Ressourcenproduktivität an.

Auch die Diskussion des Vorschlags einer Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft zeigt auf, daß seine Umsetzung im besten Fall wirkungslos bleibt. In einem weniger günstigen Fall führt eine staatlich betriebene Dienstleistungsorientierung weg von einer nachhaltigen Entwicklung. Selbst wenn man sich bemüht, das Entstehen von Marktmacht zu verhindern, kommt man deshalb nicht umhin, auf die relativen Preise Einfluß zu nehmen. Dies richtet den Blick wieder darauf, daß sich eine Nachhaltigkeitspolitik vor allem auf die „ökologische Wahrheit“ der Preise von Gütern und Dienstleistungen konzentrieren muß.

Die Analyse der Vorschläge einer Regionalisierung und Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft führt deshalb zu folgender Kernaussage: Ein Denken, das für eine Nachhaltigkeitspolitik die Verringerung von Materialströmen zum Ausgangspunkt nimmt und dazu entsprechende Reduktionsstrategien entwirft, geht grundsätzlich an den Mechanismen einer marktwirtschaftlichen Koordination vorbei. Ein Vorgehen, das sich die Verringerung von Materialströmen zum Endpunkt setzt und danach fragt, welche Anreize den Menschen gegeben werden können, damit ein solches Ergebnis zustande kommt, ist in einer marktwirtschaftlich koordinierten Wirtschaft der einzig gangbare Weg zur Nachhaltigkeit.